

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpolte Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonieen und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Herr v. Bernuth

hat die vorige Nummer unseres Blattes confiscirt. **Mußmaßlicher Grund:** entweder Leitartikel über die

Zukunftsgestaltung Deutschlands oder Notiz über die in Preußen erfolgte Confiscation von Rogeards:

„Armes Frankreich!“

Armes Preußen!

Du warst groß in der Geschichte Europas, du durftest kühne Pläne haben, als das Schwert des Heldenkönigs deine Schlachten focht, als der Philosoph von Sanssouci auf deinem Throne saß!

Damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Rossbach weiß davon.

Und noch einmal, Preußen, warst du groß in der Geschichte Europa's. Es war damals, als begeistert deine Freiheitskämpfer hinaus-zogen.

Auch damals, Preußen, brauchtest du Frankreichs Heere nicht zu fürchten — Waterloo weiß davon.

Ach, das war damals, damals!

Und nun kommt auf einmal die böse Welt und will behaupten, du habest wiederum große Pläne und wollest wiederum europäische Geschichte machen!

Wirklich? Und was glaubt sie weiter, diese böse Welt?

Glaubt sie, du wollest es darauf wagen, ob ein Rossbach und Waterloo oder ob ein Jena komme?

Jena! Jena! War es nicht dort, wo das stolze Frankreich deine übermüthigen Junker spielend in den Staub trat?

Ja! Ja! Dort war es — und jetzt käme die böse Welt und glaubte, du wollest ein neues Jena wagen?

Ach nein! Das glaubt sie nicht! Das wäre ja so boshaft nicht!

Diese böse, garstige Welt meint, du nähmest dein Jena im voraus für gewiß und eiftest, deiner großen Pläne voll, fürsichtlich gen Paris, dir um den Kaufpreis deutschen Landes die Gunst von Frankreichs Herrscher zu erkaufen!

Armes Preußen!

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 8. October l. J.

(Mit einiger Ansehung nach stenograph. Aufzeichnung.) (Fortsetzung.)

Meine Herren! Bevor Einer zur Production, d. h. zur Erzeugung neuer Werthgegenstände schreiten kann, muß er bei einer Arbeit von nur einigem Belang zuvor schon, bevor er an die Arbeit geht, im Besitze mehrerer bereits vorhandener Werthgegenstände sein; er muß für die Zeit der Arbeit Wohnung, Lebensmittel u. s. w. haben; er braucht zur Arbeit allerlei Werkzeuge, welche ihm die Arbeit ermöglichen oder erleichtern u. s. f. Wenn nun Einer im Besitze einer größeren Menge solcher bereits vorhandener Werthgegenstände ist, so kann er zu einer Anzahl solcher, welche gänzlich bestlos sind, sagen: „Helft mir an der Arbeit die ich vor-habe!“ Aber er sagt nicht zugleich: „Das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit soll uns gemeinsam gehören, unter Berücksichtigung des Schadens, der mir aus dem Gebrauch oder der Abnutzung meiner vorhandenen Werthgegenstände erwächst;“ sondern er sagt: „Ihr habt nichts zu leben, ich gebe Euch so viel, daß ihr leben könnt.“ Diejenigen nun, welche gänzlich mittellos und daher froh sind, wenn sie ihr Leben nur fristen können, sind geneigt, auf den Vorschlag einzugehen. Es ergibt sich hieraus, daß zwar gemeinsam gearbeitet wird, daß aber der durch die Arbeit entstehende neue Werth nicht etwa den Arbeitenden als solchen zu Gute kommt, sondern vielmehr dem Unternehmer der Arbeit, d. h. demjenigen, welcher die Arbeit selbstständig gerade darum unternehmen konnte, weil er von Anfang an bereits im Besitze vorhandener Werthgegenstände war. Hieraus ergibt sich weiter: daß, je belangreicher, je weitansiehender eine Arbeit ist, desto mehr Einer, um sie selbstständig unternehmen zu können, im Besitze schon vorhandener Werthgegenstände sein muß. Wie sehr nun die Fortsetzung dieses Weges zur einer Beherrschung der Arbeit durch das Kapital, d. h. durch die bereits vorhandenen Werthgegenstände, führt, dies wird ersichtlich, wenn man ein äußerstes, ein am Ende des Weges liegendes Beispiel nimmt: Denken Sie Sich eine große Fabrik; der Inhaber derselben braucht gar nicht am Plage zu sein; er reist in fernen Ländern umher und macht sich Vergnügen jeder Art; denn er hat ja in der Heimath einen Mann, der die in der Fabrik geschwebende Arbeit im Gange hält und überwacht, auch für Absatz der Erzeugnisse sorgt; er hat Tausende von Arbeitern, die damit beschäftigt sind, für ihn, den abwesenden Fabrikherrn, neue Werthe zu erzeugen. An diesem Sachverhalt: daß der Unternehmer der Arbeit hier überhaupt gar nicht mitzuarbeiten braucht, sondern in fernen Ländern umherreisen kann, — an diesem

Beispiele sehen Sie deutlich in welsch' vollkommener Weise unter den jetzigen Verhältnissen das Kapital die Arbeit zu beherrschen vermag. —

Nun hat Ihnen Herr Schulze vorigen Sonntag aneinander gesetzt, daß heutzutage die Arbeit günstiger liege, wie früher; er hat mit Recht hervorgehoben, daß ein ungeheurer Vortheil darin liegt, daß die Arbeit nicht mehr in den Fesseln der Sklaverei oder der Leibeigenschaft schmachtet, sondern der Form nach heute frei ist. Allein, m. H., Herr Schulze hat eigentlich nicht behauptet, daß die Lage des Arbeiters heutzutage eine günstige sei; er hat nur gesagt, daß sie eine günstigere sei im Vergleich zu früherer Zeit, und hat andererseits auf die Zukunft verwiesen, indem er behauptet, durch die fortwährend steigenden Errungenschaften der Wissenschaft werde diese Lage eine immer bessere werden. Zur völligen Klarstellung der Sache werde ich Ihnen die Ausführung des Herrn Schulze-Vertrages in diesem Punkte nach dem Berichte der „Staatsbürger Zeitung“ vorlesen. Es heißt da:

„In früheren Zeiten waren jene Klassen der Gesellschaft, die sich noch heute mit allzu großer Vorliebe ausschließlich Arbeiter nennen, leider nicht viel mehr als menschliche Arbeitsmaschinen, die über den mechanischen geistlosen Einrichtungen ihres Gewerbes stumpf und dumpf werden, Lust und Fähigkeit zu höheren Strebungen verloren. Mit dem Dienstbarwerden der Naturkräfte, mit der Einführung der Maschinenarbeit erst ist es anders geworden, ist es gelungen, aus dem Wesen asiatischer Arbeitslasten, aus dem künstlerischen Pöpsthum des Mittelalters sich emporzuschwingen auf den Weg zur freier Menschenthätigkeit; die starren Rechtsunterschiede von früher sind geschwunden, aber noch immer bestehen drückende Scheidungen. Sie zu beseitigen, die Arbeit leichter, schöner, müheloser zu machen, kann allein dadurch gelingen, wenn wir energisch weiter vorschreiten, auf dem betretenen zukunftreichen Wege der Dienstbarwerden der Naturkräfte zu den sonst von Menschenhänden gethanen mechanischen Einrichtungen, wenn wir die Arbeitsmethode immer mehr vervollkommen, den Arbeiter zum Leiter der arbeitenden Maschine, das Handwerk zum Kopfwerk erheben. Dazu ist aber Bildung das erste Erforderniß, sie muß in stets höherem Grade notwendige Voraussetzung bei dem Arbeiter für seine Leistungen werden, und mit ihrer Anordnung für sein gewerbliches Fach wird die humane und bürgerliche Bildung nothwendig gleichen Schritt halten, denn das Betreten einer geistigen Bahn eröffnet naturgemäß alle andern geistigen Bahnen, und wer erst nach einer Richtung hin frei denken lernt, der denkt auch nach allen Richtungen hin. Das Produkt freien Denkens und Forschens aber sind neue wissenschaftliche Entdeckungen und diese führen nothwendig wieder zu neuen gewerblichen Erleichterungen, durch welche hinwiederum ein Theil der vorher in mechanischer Arbeit gebundenen Menschenkräfte zu geistiger Arbeit frei wird.“

So Herr Schulze-Delitsch!

M. H.! In diesem Gedankengange sind hauptsächlich zwei Punkte zu widerlegen, von denen ich, Mangels an Zeit, auf den einen nur kurz hinweisen werde, während ich den andern allerdings ausführlich zu behandeln gedenke. Der erste dieser Punkte besteht darin, daß Herr Schulze behauptete, die Arbeit werde durch die fortwährende Entwicklung der jetzigen industriellen Produktionsweise eine immer geistigere, gewissermaßen des Menschen würdigere. Dies ist unrichtig; — ja, es läßt sich das Gegentheil sagen. Während früher der Arbeiter in der Regel entweder ein Ganzes oder doch den größeren Theil eines Ganzes anzufertigen hatte, ist derselbe, je großartiger die Produktion wird, desto mehr darauf beschränkt, nur kleine Theile eines Ganzes herzustellen, wird daher auf einen immer engeren Kreis zurückgeführt, beziehungsweise zur bloß mechanischen Bedienung einer Maschine herangezogen. Diesen Punkt übrigens, m. H., will ich nicht weiter behandeln, gedenke vielmehr jetzt auf den zweiten Punkt, welcher eine der allerwichtigsten Fragen in unserem Fache enthält, einzugehen. Die Frage ist nämlich diese: ob wirklich, wenn die jetzigen Produktionsverhältnisse sich weiter fortentwickeln, die Lage des Arbeiters eine immer günstigere werden muß?

M. H.! Ich werde Ihnen nachweisen, daß das gerade Gegentheil der Fall ist, und zu diesem Zwecke an den vorhin unterbrochenen Gedankengang anzuknüpfen — an jenen Gedankengang, in welchem ich Ihnen zeigte, worauf die Erscheinung der Arbeit als Lohnarbeit beruht. —

(Fortsetzung folgt.)

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 10. Oct. [Zu den Parteiverhältnissen] schreibt sehr mit Recht die „Neue Frkf. Ztg.“:

Man hat viel davon geredet, daß die preussischen Abgeordneten (mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen) bei der Versammlung deutscher Volksvertreter fehlten, und daraus Schlüsse gegen die Versammlung zu ziehen gesucht. Man hat aber dabei, absichtlich oder unabsichtlich, übersehen, daß jenes Fernbleiben zunächst nur gegen die preussischen Vertreter beweis. Es zeigt vor Allem, daß die preussische Fortschrittspartei als solche faktisch abdicirt hat in deutschen Fragen, während sie faktisch ohnehin bereits nullifizirt ist in preussischen. Dies deutet denn auch sehr richtig die Wochenchrift der bairischen Fortschrittspartei an. Es wird nicht gerade der unwesentlichste Nutzen sein, den die Versammlung vom 1. October bringt, daß sie die Scheidung nicht zusammengehörender Elemente befördert. Eine Reubildung der Parteien ist unbedingt notwendig und dies vor Allem gerade in Preußen. Insbesondere drängt sich jetzt die Frage voran: Wie wollen sich die Mitglieder der preussischen Fortschrittspartei zu jedem Versuch stellen, der dahin zielt, die Durchführung der großpreussischen Pläne durch Konzessionen an das Ausland zu erleichtern?

[Recht bleibt Recht!] Unter dieser Ueberschrift bringt die „Hagener Ztg.“ einen Aufsatz, für dessen Verfasser man wohl nicht mit Unrecht den preussischen Abgeordneten Fr. Harkort hält, und der also schließt:

Die Wähler müssen jede rechtswidrige politische Handlung verurtheilen und verdammen und besonders das Selbstbestimmungsrecht strenge festhalten. Wird dieses nicht mehr geachtet, wie es in Schleswig-Holstein den Dänen gewinnt resp. der Fall ist, so muß das Volk darunter leiden, denn das Unrecht straft und rächt sich. Es wäre also hiernach sehr an der Zeit gewesen, daß die Preuss. Abgeordneten mit den übrigen Deutschen Volksvertretern auf dem Abgeordnetentage in Frankfurt einmüthig erklärten: Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer geachtet und gewahrt sehen und verwehren und gegen jede Vergewaltigung. Leider sind unsere Volksvertreter nur in geringer Zahl erschienen: einige haben für ihr Nichterscheinen wenig stichhaltige Gründe veröffentlicht und läßt sich aus dem Ganzen schließen, daß die Annexionslust viele Abgeordnete und einen großen Theil des Volkes ergriffen hat. Man sieht hierbei, wie beschlechlich das Rechtsgesühl ist, wenn es sich um eine solche Deute handelt, die man in den Händen hat. Das Unrecht sucht man mit dem Deutschen Einheitsmantel zu verdecken. Das ist traurig, weil die Volksvertreter das

Vertrauen im Volke dadurch verlieren; denn, wer das klare Recht Anderer nicht sieht, oder nicht sehen will, kann sein eigenes nicht mit Wärme vertheidigen. Geben wir in Schleswig-Holstein eine Vergewaltigung zu, so verdienen wir sie selber, und sie wird uns auch überkommen. Um so weniger sollen wir sie dulden, als der Weg zur wahren Einheit und Freiheit Deutschlands durch das Herz des Volkes geht, wenn sie Bestand haben sollen, und nicht über das schlüpfrige Terrain der Vergrößerungs- und Eroberungslust. Diese Wahrheit möge man immer lauter verkünden, wenn sie auch scheinbar an den Machthabern erfolglos verhallt, so wird sie doch in der öffentlichen Meinung Aufnahme finden. Sie ist auch eine Macht, die, wenn sie richtig geleitet, endlich siegen wird und die Worte bestätigt: Recht bleibt Recht.

— [Ein „Protest“] des preussischen Abgeordneten Friedrich Harkort, in der „Rhein. Ztg.“ veröffentlicht, lautet:

Die Erklärungen der Herren Twesten, Rommsen und Kerst nötigen zum Neben, damit Schweigen nicht als Zustimmung gedeutet werde!

Ich war nicht in Gotha, bin kein Mitglied des National-Vereins und der Fortschrittspartei und stehe außer Beziehung zum Sechsuudrediger Ausschusse. Die Frankfurter Versammlung besuchte ich nicht, um den nächsten Beschlüssen der preussischen Volksvertretung nicht vorzugreifen; ich erwarte, daß das Haus sich trenn bleibt.

Die politischen Wanklungen der genannten Herren, welche die Kluft zwischen Bundesstaat und Annexion so leicht überspringen, zu beurtheilen, überlasse ich dem Richterstuhle der deutschen öffentlichen Meinung. Auch ich halte die Nachstellung meines näheren Vaterlandes*) so hoch, wie die Herren Twesten und Genossen, allein höher das Recht.

Kant sprach die scharfen Worte aus: „Wehe dem, der eine andere Politik anerkennt, als diejenige, welche die Rechtsgesetze heilig hält.“ Dem pflichte ich bei.

Wer das Selbstbestimmungsrecht Anderer nicht achtet, untergräbt die eigene Freiheit. Nie werde ich der staatsverderblichen Lehre huldigen, daß Macht über Recht gehe, und sicherlich nicht dem Mann, der in feivoller Weise dieselbe ansprach.

Der Balthuscher Ballester's: „Die höchste Rechlichkeit ist die höchste Klingheit“ scheint den Staatsmännern der Gegenwart abhanden gekommen zu sein.

Die Lohnschreiber mahne ich an die frühere Einverleibung Hannovers und die schweren Folgen; Frankreich giebt, um doppelt mehr zu nehmen. Die Lage von Leipzig und Belle-Alliance stehen noch im Schuldbuche, nachdem mit Oesterreich und Rußland bereits abgerechnet ist. Caesar vergißt nicht und versteht zu warten.

Friedrich Harkort.

Mitglied des preuss. Abgeordnetenhauses.
Wir begrüßen diesen Protest als einen vergleichsweise erfreulichen Fortschritt.

— [Die „Augsb. Allg. Ztg.“ in preussischem Sold.] Daß dieses Blatt jetzt in preussischem Solde steht, erlidet keinen Zweifel mehr. Wir lesen da:

Der „Augsb. Korrespondent“ vom 4. d. M. entblödet sich nicht die Behauptung aufzustellen, „der Säben von Deutschland wird von Preußen immer als ein Object angesehen werden, mit dem nach Umständen die Ansprüche Oesterreichs und die Einsprüche Frankreichs abgefunden werden müßten.“ Die „A. Frankf. Ztg.“ wagt es sogar, von einer preussischen Convention des Jahres 1862 mit Frankreich über die „Theilung Belgiens“ zu sprechen. Das alles sind Zeichen, daß ein deutscher Mazzinismus in der Presse Deutschlands zu arbeiten beginnt.

Es ist also so weit, daß die „Allg. Ztg.“ sich in hämischer Weise gegen diejenigen wendet, welche gegen eine etwaige Herreichung Deutschlands zu Gunsten dynastischer Pläne auftreten.

— [Zur europäischen Politik] wird der „Bresl. Ztg.“ aus Kopenhagen, 9. Oct., telegraphirt: „Die officielle Stockholmer „Postzeitung“ beleuchtet in Aufsehen erregender Weise die Nothwendigkeit des Zusammengebens Scandinaviens, Deutschlands und Englands gegen die von Frankreich und Rußland erstrebte Mächterweiterung.“

— [Ueber einen agent provocateur] ist Merkwürdiges im „Vereinstheil“ unter Leipzig zu lesen.

* Wien, 8. Oct. [Zur Finanzlage.] Die Regierung hatte den Abschluß einer neuen Anleihe als nahe bevorstehend und ganz gesichert dargestellt; aber dieser Abschluß läßt auf sich warten. Die Anleihe wird verzögert, wie die General-Correspondenz neulich erklärte, „durch ungünstige Um-

*) Der Deutsche hat kein näheres und kein weiteres, er hat nur Ein Vaterland: Deutschland.
(Anm. der Red. des „Soc.-Dem.“)

stände des Geldmarktes.“ Der Geldmarkt ist allerdings knapp, wie die Disconto-Erhöhungen beweisen. Ferner hat für die Leute, die gern hohe Zinsen beziehen, wenn sie auch etwas Unsicherheit in den Kauf nehmen müssen, neuerdings Amerika Oesterreich größtentheils abgelöst. Aber der ungünstigste Umstand für eine neue österreichische Anleihe, und kein vorübergehender, ist die bedrängte Lage des österreichischen Staatsschatzes. Die Aufhebung der Reichsverfassung hat dazu beigetragen, den Glauben an die Zukunft Oesterreichs auch in der Bourgeoisie zu erschüttern. Die Staatsschulden-Control-Commission betrachtet sich nach Aufhebung der Februar-Verfassung als nicht mehr zu Recht bestehend, und wenn die Regierung ohne Zweifel eine neue Commission ernennen oder die alte bestätigen kann, so genießt solche offenbar nicht ferner das bisherige Ansehen. Zweifel aller Art tauchen auf über die neuen Credit-Operationen dieser zerfahrenen Regierung. Die Verlegenheit derselben ist groß. — In sehr gut unterrichteten Kreisen kursirt hier die Nachricht, daß ein hoher Militair dem Kaiser ein Memorandum eingereicht habe, welches die finanzielle Unmöglichkeit für Oesterreich entwickelt, in Venetien dauernd so viel Truppen auf den Beinen zu halten, als zu dessen Behauptung gegen Frankreich und Italien strategisch notwendig seien.

Breslau, 10. Oct. [Polen betreffend.] Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Warschau: Der dortigen Justizcommission ist vom General-Polizeimeister Trepow die Mittheilung zugegangen, daß der Kriegszustand im Königreich Polen Neujahr 1866 werde aufgehoben werden. Die Gesetzescommission solle die Strafe für Vergehen feststellen, deren Aburtheilung der Polizei zufällt.

Karlsruhe, 9. Oct. [Zum Rücktritt Roggenbachs] wird der „Volksztg.“ von hier geschrieben:

Man muß sich über die Käthe wundern, mit welcher das Land die Nachricht von diesem Rücktritte aufnahm. Wohl hat dieser und jener nebenherlaufende Umstand, so z. B. die bekannte, sehr ausgeprägte Neigung Roggenbachs für den Bau der Alpenbahn über den St. Gotthard in manchen Landestheilen, welche den Bau der Eisenbahn über den Ludmauer vorsehen, zu einer leisen Mißstimmung gegen ihn beigetragen; wohl hat die nervöse Gereiztheit, die er oft den Kammern gegenüber an den Tag legte, manchmal zu nicht geringer Mißstimmung Anlaß gegeben; wohl hat man gefühlt, daß seine auswärtige Politik doch nicht die Mischung von Einsicht, Energie und genialer Schwung besaß, die man ihr Auftrags zuschreiben geneigt war; der Hauptgrund für die unverkennbare Abwendung des Volkes von ihm war das Mißtrauen in seine Stellung zur Kurie. — Wie man hört, so will er Landtagsabgeordneter bleiben und in der nächsten Session seinen Platz auf der Linken einnehmen.

Ausland.

* Paris, 9. Oct. [Allerlei „Fragen.“ Frankreich und Preußen.] Der Winter scheint lebhaftere Erörterungen über die nordische und über die orientalische Frage bringen zu sollen. Die Sprache des Pavs über den Scandinavismus darf als Vorspiel gelten. Die Umgestaltung im Norden, so hofft man hier, werde zu europäischen Verhandlungen treiben und bei dieser Gelegenheit auch Nordschleswig ernstlicher zur Sprache kommen, als jetzt, wo die preussischen Staatsmänner noch taube Ohren zeigen. Um die orientalische Frage wieder aufs Tapet zu bringen, geschieht in den Donau-Fürstenthümern mehr als genug, und Rußland ist auch nicht lässig. Es giebt Leute, welche meinen, Oesterreich könnte eben so bequem an der unteren Donau, wie Preußen an der Elbe und Eider als Vormauer gegen Rußland von den Westmächten patentirt werden; komme dazu dann hier noch ein Gesamt-Scandinavien, wie dort eine Verstärkung durch praktischere Reformen und besonders volkswirtschaftliche Fortschritte in der Türkei und Aegypten, so werde dem russischen Kolosse der Weg nach Süd- und Nordwest noch eine Weile verlegt sein. Die Einnahme von Samarland durch die Russen, selbst wenn sie nur zeitweilig wäre, kann nicht verfehlen, die Annäherung und Verständigung der Westmächte zu beschleunigen: denn Frankreich kann, wenn es will, in Asien den Briten den größten